

Italienische Basisgemeinden im christ-marxistischen Aufwind

Als Einzelercheinungen sind bis vor einem Jahr – und von vielen italienischen Bischöfen sogar noch bis heute – die italienischen Basisgemeinden eingestuft worden. Doch ganz langsam macht sich eine Neueinschätzung breit, die weniger durch kirchliche Aktivitäten dieser Gemeinden als durch politische Ereignisse ausgelöst worden ist. In erster Linie sind dies die Ergebnisse zweier Urnengänge: Im Mai 1974 hatten zwei von drei Italienern gegen die Abschaffung der erst drei Jahre zuvor eingeführten Möglichkeit der Scheidung von Ehen gestimmt. In dem Volksentscheid nahmen sie bewußt in Kauf, daß der italienische Staat und der Heilige Stuhl rechtlich an das Verbot der Ehescheidung gebunden waren. Im Konkordat von 1929 wurde dies ausdrücklich so geregelt, und die italienische Republik übernahm alle Konkordatsbestimmungen. Der zweite Urnengang fand am 15. Juni dieses Jahres mit den Administrationswahlen in Kommunen und Provinzen sowie in fünfzehn von zwanzig Regionen, statt. Ein deutlicher Linksdruck läßt die Kommunisten nur noch knapp zwei Prozent hinter den christlichen Demokraten zurückstehen. Demzufolge kann heute selbst dort, wo die Kommunisten und Sozialisten keine Volksfrontregierung oder bürgerlich offene Koalitionen gebildet haben, nichts mehr ohne die «Roten» unternommen werden.

Zerbröckelnde Allianz zwischen Kirche und DC

Diese beiden politischen Marksteine haben zumindest bei den derzeit noch wenig über zehn Prozent liegenden «Fortschrittlichen» unter den italienischen Bischöfen (knapp vierzig von rund dreihundert) eine neue Offenheit für die Bewegung im katholischen Fußvolk bewirkt. Und die italienische Bischofskonferenz (CEI) als Ganzes hat sich in ihrem Wahlauftrag vor den Administrationswahlen immerhin mit einer bisher kaum für möglich gehaltenen Zurückhaltung geäußert. Im politischen Leben Italiens zeichnet sich damit ein Wandel ab, der dazu zwingt, die Ursachen nicht allein in den Mißständen in Parteien, Wirtschaft, Verwaltung und Staat zu suchen. Fanfani selbst rechtfertigte sich vor seinem Rücktritt mit dem Hinweis auf Veränderungen in der «kulturellen, gesellschaftlichen Umwelt, aber vor allem in der Kirche».

Katholischer Dissens: zweierlei Typen

Diese Veränderungen sind jedoch nicht von oben gekommen. Das beweist schon die vergleichsweise geringe Anzahl Bischöfe, die für solche Entwicklungen sich offen gezeigt haben. Sie hatten sie in der Mehrzahl eher zu unterbinden versucht. Das erste und wohl bekannteste Beispiel lieferte Don *Enzo Mazzi* bereits 1969. Damals konnte noch von einem Einzel- und Sonderfall gesprochen werden. Doch das *Isolotto* von Florenz, wo Kardinal *Emerigildo Florit* mit Kirchendisziplin und ordentlichen Gerichten versucht hatte, eine Basisgemeinde zu unterdrücken, hat sich über ganz Italien ausgebreitet. Heute ist nicht mehr von *Isolotto* die Rede, dafür aber um so mehr von dem jüngeren Begriff der Basisgemeinden.

Sie haben in erster Linie dazu beigetragen, daß das kirchliche Leben in Bewegung geriet. Ihre Vertreter haben dafür gesorgt, daß auch in zurückgebliebenen, für volksfrommen Gehorsam besonders anfälligen Gegenden die Kirchengemeinden be-

wußter am kirchlichen Leben teilnahmen und nicht mehr bereit waren, selbstherrliche Entscheidungen ihres Bischofs einfach als gottgewollt hinzunehmen.

Der Mailänder «Corriere della Sera» machte vor einiger Zeit eine Reise durch den katholischen Dissens und entdeckte dabei *zweierlei Entwicklungen*, die zu zwei verschiedenen Typen italienischer Basisgemeinden als Träger der innerkirchlichen Reform geführt haben.

► Es sind einmal die Basisgemeinden, die sich um couragierte Pfarrer bilden, weil die Kirche nach ihren Vorstellungen zwar im großen und ganzen durchaus ihren religiösen Vorstellungen und ihrem Glauben entspricht, aber in praktischen Fragen zu wenig auf den Rat der Laien achtet. Für diese Art von Gemeinden stehen Orte wie *San Severo*, *Vasto* und *Chieti*. Dort geht es schlicht darum, daß der zuständige Bischof beispielsweise über eine Erbschaft zugunsten der Kirche verfügt hat, ohne irgendein Gremium zu fragen. An zweifelnden Fragen über die Verwendung von Geldern, die der ganzen Kirche am Ort gehören, bildeten sich kritische Gruppen, die nun unter Berufung auf die Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils mehr Mitsprache, Mitverantwortung und Mitentscheidung fordern.

► Für die zweite Art von Basisgemeinden stehen die Namen *St. Paul vor den Mauern* in Rom, *Lavello* und *Conversano* in Lukanien und Apulien. Dort hat die Arbeit an Gemeinden eine politische Ausrichtung erhalten, die Gefahr läuft, von der Amtskirche noch weiter nach außen gedrängt und damit völlig mißverstanden zu werden. In diesen Gemeinden finden sich christliche Marxisten, sozialistische Christen oder kurz Christomarxisten, die sich zwar vom Atheismus klar distanzieren, aber nicht einsehen können oder wollen, daß marxistische Gesellschaftskritik und marxistische Methoden zur Veränderung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems im Widerspruch zur christlichen Heilslehre stehen müssen. Diesen Gemeinden und ihren Pfarrern geht es nicht nur um innerkirchliche Detailfragen, sondern um eine völlig neue Kirche. Sie sprechen von der Kirche der Armen, und es ist ihnen nur schwer zu entgegnen, wenn man die jeweilige konkrete Situation am Ort betrachtet. Als Beispiel greifen wir *Lavello* heraus, erstens weil es der jüngste Ort mit einem Ausmaß an Widerspruch ist, der mit dem *Isolotto* von vor sechs Jahren zu vergleichen ist, zweitens weil *Lavello* im Mezzogiorno liegt (350 Kilometer südlich von Rom in der Provinz Potenza) und drittens weil Don *Marco Bisceglia*, der Mann, um den herum die Gemeinde sich aufbaut, inzwischen auch über seine heimatlichen Grenzen hinaus bekannt geworden ist.

Lavello – ein Beispiel aus dem Süden

Das Städtchen hat rund 13 000 Einwohner und gehört zur Heimat des Gründers der kommunistisch-sozialistischen Gewerkschaft CGIL, *Giuseppe Di Vittorio*. Die CGIL ist mit vier Millionen Mitgliedern die größte, wichtigste und kampfstärkste italienische Gewerkschaft mit sozialen und parteipolitisch-kommunistischen Zielen. Neben einem traditionellen Antiklerikalismus und Laizismus einer intellektuellen Oberschicht herrscht die konservative katholische Kirche. Zwischen beiden Stühlen war bisher kein Platz für ein Engagement zugunsten der Arbeitslosen, Armseligen, am Rand der Illegalität Lebenden, der Tagelöhner, Hilfsarbeiter und enttäuscht heimgekehrten Gastarbeiter aus Deutschland, der Schweiz und den Benelux-Ländern.

Sie, die zwar arm, aber dennoch gläubig sind, fühlten sich von ihrer Kirche verlassen, denn diese Kirche ließ sich ihren Auftrag bezahlen, und dazu waren sie nicht in der Lage. In Italien, wo es keine Kirchensteuer gibt und die staatlichen Zuwen-

dungen nur gering sind, ist die Kirche in einem großen Maß auf Spenden angewiesen. Vor allem sind es die vielen Pfarrer auf dem Land, die dennoch mitunter recht feudal leben, da die Spenden von jener Art sind, die man etwas ironisch als «Pflicht zum Schenken dürfen» umschreibt. Die Kirche ist dadurch in eine Abhängigkeit geraten, die sie über Jahrzehnte hinweg schon gar nicht mehr wahrnimmt, weil ein Großteil des Klerus sich in jener Gesellschaftsschicht daheim fühlt, die – spendenwillig – seine Existenz garantiert.

Vor diesem Hintergrund, der in einigen Fällen auch den Mangel an Aufgeschlossenheit für die Arbeiterfrage erklärt, ist zu verstehen, warum Pfarrer, die die soziale Aufgabe einmal als ihren Lebensinhalt erkannt haben, nahezu zwangsläufig ins Abseits und politisch ins gegnerische Lager geraten.

So hat, so kurios es klingen mag, in Lavello der Dissens damit begonnen, daß der heute fünfzigjährige Bisceglia auf die üblichen Spenden für seine Dienstleistungen (Segnungen, Eheschließungen, Taufen...) verzichtet hat. Er stellte sich mit seiner Gemeinde auf eine Stufe, war nicht mehr der Pfarrherr, sondern der Helfer in vielen Fragen, zu dem man auch kommen konnte, wenn man mit seinem Sohn nicht mehr zurecht kam, wenn man arbeitslos wurde oder wenn ein Arbeitgeber seine Position ausnützte und sein Beschäftigter aus Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes den Mut, zur Gewerkschaft zu gehen, nicht aufbrachte. Diese Leute faßten Vertrauen zu Bisceglia und kamen mit allen Sorgen zu ihm.

Bisceglia wurde so zu einem Musterbeispiel, um das sich linksideologisch gefärbte Lobsprüche ranken, die dann etwa wie folgt lauten: Er hat sich nicht nur um die Armen gekümmert und praktisch geholfen, sondern er hat sich mit ihnen solidarisiert. Er hat nicht nur das Gebot der Nächstenliebe befolgt, sondern er hat die Bibel als das «revolutionärste Buch, das ich kenne», entdeckt.

Reaktionen der Hierarchie

Dieser linksideologische Sprachgebrauch, wie ich ihn aus dem Mund eines seiner Mitarbeiter vernahm, macht es denn auch schwer, die Brücken zwischen solchen Basisgemeinden und der übrigen Kirche zu schlagen. Ihren «gesellschaftlichen» Rückhalt suchen sie deshalb in einer neuen Internationale, die sich in der Bewegung der «Christen für den Sozialismus» manifestiert. Was jedoch in hochentwickelten Gebieten nur ideologisch begründet und von Linksintellektuellen motiviert wird, ist in derart zurückgebliebenen und von wahrhaft ausbeuterischen Strukturen noch gekennzeichneten Gegenden wie dem Mezzogiorno mit einem anderen, konkreteren und überzeugenderen Inhalt gefüllt. Die Kirche, so scheint es, wird zu diesen Gemeinden nur dann ein besseres Verhältnis in beider Interesse finden, wenn sie über die Phraseologie hinwegsieht und sich nicht daran stößt, daß auf dem Schreibtisch im Pfarrhaus neben der kommunistischen Tageszeitung «Paese Sera» auch noch ein Buch mit dem Titel «Kennen Sie Marx?» liegt. Auf keinen Fall ist mit einer Verteufelung der Mitarbeiter dieser Gemeinden und mit einer Amtssuspendierung ihrer Priester geholfen. Dieses zweite «Mittel» hat bisher durchwegs das Gegenteil dessen bewirkt, was die kirchliche Obrigkeit damit erreichen wollte.

Sowohl gegen *Giovanni Battista Franzoni*, früheren Benediktinerabt der Basilikakirche St. Paul vor den Mauern in Rom, als auch gegen Bisceglia hat die Suspendierung nur eine Stärkung der von beiden betreuten Gemeinden und eine Verhärtung der Positionen ausgelöst. Als in Lavello vor einigen Monaten gar mit stiller Duldung, manche sagen auch mit Unterstützung des zuständigen Bischofs, eine Gruppe von Neofaschisten gegen Bisceglia loszog, kam es zu einer Schlägerei, und die Gemeinde besetzte ihre Kirche, um sie gegen weitere Übergriffe sowohl rechts-extremer Schlägertrupps wie des Bischofs selbst zu schützen. Die Aufschrift «Die Kirche ist vom Volk» zierte noch immer die Frontseite der

Kirche. Übertüncht sind inzwischen die Schmierereien, die Bisceglia androht: «Wenn Du nicht abhaust, jagen wir Dich davon.»

Nachgeholte Konzilsreform oder weiterreichende Zukunft?

Offen ist allerdings noch völlig die Frage, wie diese Gemeinden in einigen Jahren aussehen werden. Vieles in ihrem Aufbegehren erinnert an die Auseinandersetzungen, die nördlich der Alpen Ende der sechziger Jahre begonnen haben, sich am deutlichsten in Solidaritäts- und Protestpriestergruppen gezeigt haben und inzwischen wieder aus den Schlagzeilen verschwunden sind. In der gegenwärtigen Entwicklung in Italien kann man somit den verspäteten Versuch sehen, den Impuls des Zweiten Vatikanums auf die konkrete Kirche und Gesellschaft des Landes zu übertragen, wie er in Holland, in den deutschsprachigen Ländern und selbst in Spanien schon bald nach dem Konzil ein Stück weit in Angriff genommen wurde. Zeitversetzte Konzilsreform also. Wenn dies allein genügt, dann kann auch in Italien davon ausgegangen werden, daß sich die Gruppen des katholischen Widerspruchs zunächst weiter ausbreiten und dann im Laufe einiger Jahre einige Verbesserungen auf gemeindlicher Ebene und in den Kirchenstrukturen ähnlich den Laiengremien bei uns durchsetzen. Nach Ansicht der Basisgemeinden wäre dann allerdings ihr Aufbegehren umsonst gewesen, denn sie wollen schließlich, wenigstens verbal, eine radikale Umkehr der Kirche, eine neue Kirche der Armen. Doch sie sehen auch ein, daß dies nicht in einem großen Aufwasch geschafft werden kann und daß schon viel gewonnen wäre, wenn die Kirche wenigstens ihre Repression aufgeben würde.

Das Wort von der Repression klingt zwar hart, doch ein Blick auf die gesetzliche Wirklichkeit und deren Folgen läßt keine andere Deutung zu. Dazu muß nochmals an das noch immer gültige Konkordat aus dem Jahre 1929 erinnert werden. Damals billigte Mussolini dem Heiligen Stuhl Rechte zu, die er hoffte, später einfach übergehen zu können. Das Ende des Faschismus ließ es jedoch nicht soweit kommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg liierte sich die Kirche in Italien dafür um so mehr mit «ihrer» Partei der Christlichen Demokraten, die dann auch dafür sorgte, daß die unter anderen Bedingungen ausgehandelten Privilegien der Kirche nicht nur nicht angetastet, sondern sogar verfassungsrechtlich in die Gesetzeswerke der jungen italienischen Republik aufgenommen wurden, (...)

Um die Revision des Konkordats

Jetzt drängt der «Druck von unten» nicht zuletzt auf eine Überprüfung des Verhältnisses der Kirche zum italienischen Staat, mit anderen Worten: auf eine Revision des Konkordats. Sie liegt zwar schon seit Jahren in der Luft, doch hat es bisher an der Einsicht in die unbedingte Notwendigkeit gemangelt. Erst die Aktivitäten der aufwachenden Gemeinden, die sich in Wahlerfolgen für die Linke niedergeschlagen haben, zwingen jetzt offensichtlich zu umgehendem Handeln.

Gerade die der Kirche eingeräumten Sonderrechte brachten viele Katholiken, die keineswegs der Linken zuzurechnen sind, auf einen kirchenkritischen Kurs. So ist es für ein modernes Staats- und Demokratieverständnis einfach nicht mehr hinnehmbar, daß

- die katholische Religion alleinige Staatsreligion ist;
- die kanonische Eheschließung allein ausreicht und vor dem Staat gültig ist und nach gültigem Konkordat, aber nicht nach dem Volksentscheid, die Ehescheidung verboten ist;
- ein katholischer Pfarrer, der sein Amt niederlegt, kein öffentliches Amt bekleiden darf, das ihn mit Publikum in Berührung bringt, also nicht einmal das Amt eines Straßenkehrers;
- ein Papstatentäter mit dem Tod bestraft werden muß, obwohl die

Todesstrafe in Italien abgeschafft ist;

► die Kirche, also der Heilige Stuhl, von Steuern befreit ist, auch beispielsweise von Steuern, die beim Erwerb oder Verkauf von Aktien oder bei Gewinnen aus Aktionen italienischer Firmen anfallen;

► Gotteslästerung schwer bestraft wird, was bei weiter Auslegung auch die unerlaubte Meßfeier einschließt und beispielsweise dem Florentiner Bischof ermöglicht hat, Don Mazzi und einige seiner priesterlichen Kollegen vor Gericht zu bringen;

► schließlich der Anachronismus, daß Rom der Verfassung nach zur Heiligen Stadt erklärt wird, in der es offiziell weder Nachtlokale noch Bordelle gibt und wo gerade deshalb unkontrolliert und mit extremer Brutalität Prostitution praktisch in allen Straßen betrieben wird.

In der Praxis hat sich der Versuch, konfessionell-katholische

Vorstellungen mit Hilfe des Gesetzes gegen eine zunehmend laizistische Gesellschaft durchzusetzen, als Fehlschlag erwiesen. Kirchlicher Anspruch auf die Gesamtgesellschaft hat bei den aktiven Katholiken zunehmend zu kritischen Engagements und bei den nicht aktiven zum linken Votum geführt. Dies ist wohl der Nährboden, der die Basisgemeinden am meisten stärkt. Ein einheitliches Urteil ist jedoch nur mit Vorsicht angebracht, da zwar für alle ein gemeinsamer Hintergrund aufscheint, aber die unterschiedlichen örtlichen Notstände zu unterschiedlich starken politischen Ausschlägen geführt haben.

Hanspeter Oswald, Rom

in: *Orientierung* Nr. 19 / 1975

Un l'hois / nou l'eu